

Nr.: 054/2022

■ Dezernat	III - Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik	21.02.2022
■ Fachbereich	Umwelt	
■ Verfasser/-in	Nietz, Inga	
■ Telefon	07621 410-3330	

Beratungsfolge	Status	Datum
Umweltausschuss und Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach	öffentlich	13.04.2022
Kreistag	öffentlich	11.05.2022

Tagesordnungspunkt

"Reporting" - CO2-Monitoring und Klimawirkung im Landkreis Lörrach

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, eine neue Form des „Reportings“ zur Treibhausgasbilanzierung und zur Darstellung der Klimaschutzaktivitäten des Landkreises gemäß dem in dieser Vorlage dargestellten Konzept zu aufzustellen.

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	4	Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik
Produktgruppe	56.10	Umweltschutz
Produkt(e)	56.10.10	Energie und Klimaschutz

Wirkungsziel /
beabsichtigte Wirkung
(Was soll erreicht werden?)

Der Landkreis setzt sich zum Ziel, bis 2040 eine klimaneutrale Region zu werden; bis 2030 senkt der Landkreis die Treibhausgasemissionen um 50% im Vergleich zum Basisjahr 1990.

Leistungsziel /
angestrebtes Ergebnis
(Was müssen wir dafür tun?)

Zielerreichungskriterium
(Indikator, Kennzahl, Leistungsmenge):

■ Klimawirkung:	<input checked="" type="checkbox"/> positiv	<input type="checkbox"/> neutral	<input type="checkbox"/> negativ	<input type="checkbox"/> keine
■ Personelle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ggf. Erläuterung		
■ Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja,		
<input type="checkbox"/> im Ergebnishaushalt	Aufwand	Ertrag	einmalig in	wiederkehrend
	25.000 €	€	2022	
<input type="checkbox"/> im Finanzhaushalt	Investitions- kosten brutto	Zuschüsse u. ä.	Investitions- kosten LK netto	zeitliche Umsetzung
	€	€	€	

Mittelbereitstellung - in EUR -

ErgebnisHH		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
Bedarf	Erträge						
	Personalaufwand						
	Sachaufwand				25.000		
	Kalk. Aufwand						
Plan	Erträge						
	Personalaufwand						
	Sachaufwand				25.000		
	Kalk. Aufwand						
FinanzHH investiv		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
Bedarf	Einzahlung						
	Auszahlung						
Plan	Einzahlung						
	Auszahlung						

■ **Deckungsvorschlag** (wenn Mittelbedarf größer als Plan)

Begründung

■ Sachverhalt

Auf der Grundlage der Diskussion in den Gremien im Oktober 2021 hat der Kreistag die Verwaltung am 20.10.2021 beauftragt, ein neues „Reporting“ für die konkrete Wirkung von Klimaschutzmaßnahmen und zur Verbesserung der Aussagekraft von Treibhausgasbilanzierungen für den Landkreis vorzuschlagen.

Warum ein neues Reporting?

Die Zielsteigerung im Klimaschutz, die eine Klimaneutralität des Landkreises bis zum Jahr 2040 vorsieht, macht deutlich, dass ein stringenter Absenkepfad¹ und jährliche Zielsetzungen notwendig werden. Dabei wird ein kontinuierlicher Abgleich der Maßnahmen mit den notwendigen Jahreszielen ein wichtiges Instrument sein. Die bisherigen Treibhausgasbilanzen für den Landkreis, sollen daher erweitert und in ein Klimaschutz-Reporting überführt werden.

Das Reporting soll sowohl den angestrebten Absenkepfad als auch die jährlich eingesparten Treibhausgasemissionen aufzeigen. So wird ein regelmäßiger Abgleich zwischen Ziel und status quo möglich. Sowohl die Entwicklung als auch die regelmäßige Datenerhebung und Datenpflege sind zeitaufwändig und bedürfen einer professionellen Begleitung bzw. Erarbeitung. Konkrete Absenkepfade müssen einerseits auf die Zielvorgaben und andererseits auf die analysierten Potenziale ausgerichtet werden. Rückwirkende Beurteilungen der eingesparten Emissionen durch die vom Landkreis durchgeführten Maßnahmen sind möglich, setzen jedoch ebenfalls eine strukturierte und analytische Vorgehensweise voraus, die durch eine externe Beratung geleistet werden muss.

Ziele

Der erste Schritt eines solchen Reportings ist die Beschreibung eines Absenkepfades mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040. Darauf aufbauend sind jährliche Reduktionsziele zu definieren und nach Sektoren² aufzuschlüsseln. Die quantitativen und qualitativen Zielformulierungen in Verbindung mit den ermittelten Potenzialen bilden schließlich die Basis für die – im Rahmen der angestrebten Fortschreibung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts des Landkreises (IEKK) – zu entwickelnden Maßnahmen.

Die Überprüfung der Zielerreichung auf Basis des oben definierten Pfades soll regelmäßig stattfinden. Hierbei sollten möglichst verschiedene Ebenen betrachtet werden: Landkreis, Kommunen, Sektoren, Energieträger etc. Mittels des Abgleichs ist auch festzustellen, welche Maßnahmen umgesetzt wurden oder noch ausstehen und inwieweit sie zum Erreichen der Einsparziele beitragen. Die Ergebnisse der entsprechenden Analysen fließen sinnvollerweise in etwaige Anpassungen der Maßnahmenplanung ein und führen ggf. zu einem Nachschärfen der Klimaschutzaktivitäten.

Planungen und Inhalte

Die AG Energie & Klimaschutz des Kreistags hat sich am 15.03.2022 mit einem ersten Entwurf für ein solches Reporting befassen, der von der Energieagentur Südwest GmbH vorgestellt wur-

¹ Pfad, der die notwendigen Senkungen der THG-Emissionen bis zum Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2040 terminiert und konkrete Zielwerte beschreibt

² Folgende Sektoren können potenziell betrachtet werden: Gewerbe, Privathaushalten, Kommunale Liegenschaften und Verkehr sowie Industrieprozesse, Landwirtschaft, Abfall und Abwasser

de. Nach konstruktiver Diskussion empfiehlt die AG einen modularen Aufbau (vgl. Abbildung unten). Auf Basis eines basalen Datensatzes soll die Möglichkeit gegeben sein, in Zukunft weitere klimarelevante Betrachtungsfelder sukzessive hinzuzuziehen. In Anbetracht des anstehenden neuen IEKK können diese modularen Zusätze rasch notwendig werden, um die betrachteten Sektoren auch abbilden zu können.

Mittels der erhobenen Daten ist grundsätzlich auch der Vergleich zwischen verschiedenen Gebietskörperschaften möglich (Benchmarking auf Gemeinde- oder Landkreisebene). Dies kann zu jedem beliebigen Zeitpunkt umgesetzt werden.

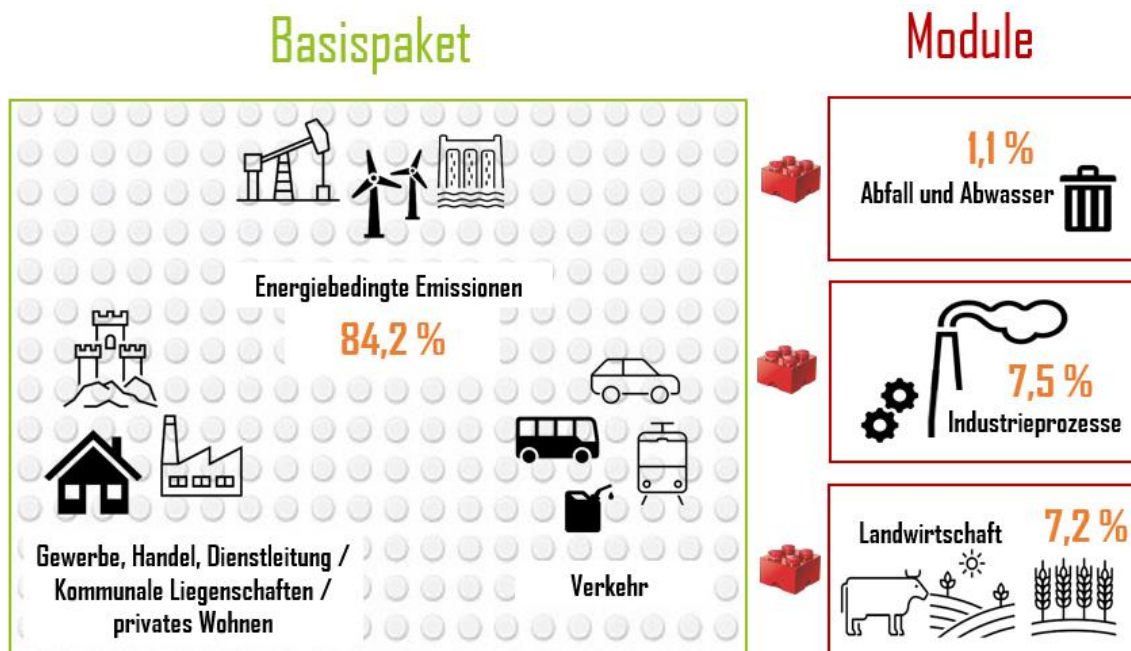


Abbildung: Modularer Aufbau des Reportings (im Basispaket sind ca. 85% der Emissionen erfasst)

Das Basispaket

Der angestrebte Paketentwurf sieht vor, zunächst eine Datenbasis aufzusetzen, welche sich vorwiegend aus den Indikatoren des bisher bereits genutzten Treibhausgas-Bilanzierungstools des Landes Baden-Württemberg (BICO2BW) speist. Diese standardisierten Indikatoren betrachten die folgenden Sektoren:

- Private Haushalte
- Kommunale Liegenschaften
- Gewerbe, Handel, Dienstleistung
- Verarbeitendes Gewerbe
- Verkehr

Zu den „Standard-Indikatoren“ aus BICO2BW, welche diese Sektoren beschreiben, zählen unter anderem:

- Strom- und Gasverbräuche, Anteil erneuerbarer Energien und Angaben aus dem Bereich der kommunalen Gebäude, der Infrastruktur sowie ÖPNV-Auswertungen etc.
- Daten, die sich auf Wohnflächen, Gebäudebestände, Beschäftigte, Feuerungsanlagen, Einwohnende, Jahresfahrleistung, Solarthermie, Umweltwärme und Weiteres beziehen (z. T. nicht dieselbe Aktualität wie die erste Gruppe)

Diese Indikatoren haben auch in die bisherige Treibhausgasbilanz des Landkreises Eingang

gefunden. Da einige Daten teilweise mittleren bis hohen Zeitverzug aufweisen, wird angestrebt, dass die Daten zum schnellstmöglich verfügbaren Zeitpunkt eingepflegt werden. Eine erste Bilanzierung kann auf diese Weise ca. Mitte des ersten Folgejahres – hier also Mitte 2022 für das Jahr 2021 – erstellt werden. Statistische Daten, die einen Zeitverzug aufweisen, werden aus den jeweils vorliegenden Bilanzräumen verwendet. Sobald neuere Datensätze vorliegen, sollen diese nachgepflegt und die Bilanz nachträglich präzisiert werden. Wesentliche Änderungen des Gesamtergebnisses sind zu diesen Zeitpunkten allerdings nicht zu erwarten. Mit diesem Vorgehen kann eine Annäherung an das Endergebnis zeitnah erfolgen und stets höchstmögliche Aktualität der Bilanz hergestellt werden.

Neu hinzukommen sollen weitere „Zusatz-Indikatoren“. Diese dienen als Ergänzung der Standarddaten. Sie sollen den Klimaschutz-Maßnahmen Rechnung tragen und analysieren, ob diese in zielgerechtem Maße umgesetzt werden. Hierzu zählen bspw. die Anzahl umgesetzter PV- oder Biogas-Anlagen bzw. ausgebauter Öl- oder Gasheizungen sowie umgesetzte Wärmenetze, Sanierungswerte oder die Anzahl der Zulassungen privater PKW. So können, neben der oben beschriebenen Bilanzierung, auch die Anstrengungen des Landkreises sichtbar gemacht und die entsprechenden Maßnahmen einem Monitoring unterworfen werden.

Die Kommunikation und Schnittstellenpflege zu den Umsetzenden der verschiedenen Maßnahmen ist ebenfalls Teil des Basispaketes. Der Aufbau einer digitalen Plattform wird nach einem Abstimmungsprozess hausintern oder durch einen externen Dienstleister erfolgen.

Die Module

Eine Erweiterung des Basispaketes ist jederzeit möglich. Mit Blick auf künftig zu betrachtenden klimarelevanten Felder werden nach aktuellem Kenntnisstand folgende modulare Aufstockungen mit potentiell direktem Bezug auf die Bilanzierung (vgl. Abbildung oben) für sinnvoll erachtet:

- Abfall und Abwasser (bspw. Deponierung)
- Nicht energetische Emissionen im Industriebereich (bspw. Produktionsprozesse)
- Land- und Forstwirtschaft (bspw. Waldflächen, organische Böden und Viehbestände)

Das Reporting ist grundsätzlich auch um weitere Indikatoren ohne direkten Bezug auf die Bilanzierung erweiterbar, wie ÖPNV-Kosten und -Taktung, Anzahl genossenschaftlicher Modelle oder Anzahl Teilnehmender an Carsharing-Angeboten. Eine entsprechende Betrachtungsnotwendigkeit kann sich aus den Maßnahmen der Fortschreibung des IEKK ergeben.

Fazit

Mit dem Vorschlag der modularen Gestaltung des Reportings kann der Landkreis mit sinnvollem und überschaubarem Aufwand in einem ersten Schritt auf die gegebenen Anforderungen eingehen. Es wird eine basale Struktur aufgebaut, welche die bisherige Treibhausgasbilanzierung optimiert darstellt und zugleich die Umsetzung der Maßnahmen in den direkten Abgleich mit anzustrebenden Minderungszielen setzt. Mit den beschriebenen modularen Erweiterungsoptionen wird ermöglicht, auf die anstehende IEKK-Fortschreibung zu reagieren und hierfür oder im Anschluss daran entsprechende Anpassungen des Reportings vorzunehmen.

Marion Dammann
Landrätin

Ulrich Hoehler
Erster Landesbeamter
